

Zerstörte Gemeinschaft wiederherstellen

Das „Programm zur Überwindung der Gewalt“ des ÖRK bekommt erste Konturen

VON CORNELIA FÜLLKRUG-WEITZEL

I. Der Beschluß zu einem „Programm zur Überwindung der Gewalt“

Der ÖRK steht am Beginn eines neuen programmatischen Denkens in seiner Friedensethik- und -arbeit. Wenige Monate schon nach dem Ende des Kalten Krieges und damit auch der Legitimationsbasis der ungezügelter Spirale von Abschreckungsgewalt hatte die Weltkonvokation in Seoul 1990 sich bereits erstmals in der Geschichte des ÖRK für eine „Kultur aktiver Gewaltfreiheit“ ausgesprochen. Die Näherbestimmungen dieses Zieles (kein Rückzug aus Situationen von Gewalt oder Unterdrückung, sondern ein Weg, sich für Gerechtigkeit und Befreiung einzusetzen) dokumentieren indes noch das Mißtrauen in der ökumenischen Bewegung gegenüber einer generellen Absage an den Gebrauch von Gewalt. Das Ringen um die Prioritätensetzung innerhalb des Doppelzieles ökumenischer Ethik, Gerechtigkeit und Frieden, die seit der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 im ÖRK heftig umstritten war, war auch in der Trias des 1983 begonnenen konziliaren Prozesses (JPC) nur der Absicht (dem Namen) nach beendet. So kam es in Seoul zwar zu einer Absage an den Gewaltgebrauch in persönlichen Beziehungen und an den Krieg als rechtlich anerkanntes Mittel der Konfliktlösung zwischen Staaten. Die Frage, ob und inwiefern Gewaltanwendung zur Befreiung von Unterdrückung, zur Herstellung gerechter Verhältnisse also, ethisch legitim sei, blieb indes ausgespart.

Neue Erfahrungen von Christen und Kirchen rund um den Globus in den Jahren seit 1990, in denen die Bedeutung des Endes des Kalten Krieges für die Weltpolitik und ihre Perzeption erst wirklich deutlich wurden, in denen aber auch krisenhafte Phänomene in westlichen Gesellschaften ins öffentliche Bewußtsein traten, machten eine ethische Neuorientierung des ÖRK in Sachen Gewalt möglich und notwendig: Sie drängten auf eine eindeutige „Kampfansage“ gegen jedwede Ausübung von Gewalt durch einzelne oder Gemeinschaften – in Ergänzung der Bekämpfung struktureller Gewalt (z. B. des Rassismus), die bereits seit Ende der Sechziger eine Priorität der ökumenischen Arbeit darstellt.

Dabei handelte es sich im besonderen:

- um Erfahrungen (z. B. von Kirchen in Zentralamerika oder dem Nationalen Kirchenrat auf den Philippinen) mit der Aussichtslosigkeit, auf dem Wege militärischer Auseinandersetzungen gerechte Verhältnisse herzustellen und strukturelle Gewalt zu bekämpfen und mit der teilweisen Wahllosigkeit des Mordens auch seitens der Befreiungsbewegungen;
- um Erfahrungen (z. B. von Christen in Sri Lanka, Palästina/Israel und Nordirland) mit der Verwüstung, die lange andauernde Kriege nicht nur materiell, sondern auch in den Seelen der nachwachsenden Generation und im Zusammengehörigkeitsgefühl und Sozialgefüge des gesamten Gemeinwesens anrichten, für das Konflikt ein normaler Bestandteil des Alltags wurde;
- um Erfahrungen auch (z. B. von Christen und Christinnen in Ex-Jugoslawien, in Somalia und Ruanda) mit der erschreckenden Grenzenlosigkeit heutiger Gewaltbereitschaft quer durch alle Konfliktfronten und bei nahezu allen Konfliktparteien – so als gäbe es kein Völkerrecht, keine Genfer Konventionen, keine ethisch-religiösen Gebote;
- um Erfahrungen der Christen im Südlichen Afrika mit der unkontrollierbaren Explosion von Gewalt: die Waffen der Befreiung haben in den letzten Monaten der Apartheid mehr Schwarze getötet, als das Rassenregime in den 40 Jahren zuvor;
- um Erfahrungen der Weltkirchengemeinschaft mit Kirchen, die es unterlassen, massive Menschenrechtsverletzungen und systematische Verstöße gegen die Genfer Konvention eindeutig zu verurteilen, oder die sich gar für die gewaltsame Durchsetzung partikularer politischer Interessen mobilisieren und instrumentalisieren lassen.

Am Anfang stand aber auch die Erfahrung, daß es nach dem Ende des Kalten Krieges möglich geworden ist, das Konfrontationsdenken zu überwinden und jahrzehntealte, festgefahrene Konflikte auf dem Verhandlungsweg transformieren zu können – z. B. im Nahen Osten, in Zentralamerika und wieder: in Südafrika. Und zum ersten Mal seit sechzig Jahren ist die Errichtung einer neuen Weltfriedensordnung nicht nur in den Bereich des Möglichen gerückt, sondern zugleich auch dringend notwendig geworden.

Nicht zufällig beschloß der Zentralausschuß auf seiner Sitzung in Johannesburg/Südafrika im Januar 1994 mit überwältigender Mehrheit, ein „Programm zur Überwindung der Gewalt“ („Programme to Overcome Violence“) ins Leben zu rufen. Hier kulminierten viele der o. g. Erfahrungen, und hier hatten Erfahrungen mit der Ohnmacht jahrzehntelanger gewaltfreier Bemühungen gegenüber der systematischen Ungerechtigkeit

und strukturellen Gewalt des Apartheidregimes Ende der sechziger Jahre zur – bedingten und begrenzten – Unterstützung eines auch mit Gewalt geführten Befreiungskampfes durch die ökumenische Gemeinschaft geführt. An diesem Ort, an dem Gewalt über Jahrzehnte von allen Konfliktparteien legitimiert und angewendet worden war, wurde beschlossen, daß die ökumenische Gemeinschaft nun einen Beitrag dazu leisten müsse, die globale Kultur der Gewalt in allen Lebensbezügen und an allen Orten in Frage zu stellen und in Richtung einer Kultur gerechten Friedens transformieren zu helfen.

Der unmittelbare Anstoß dazu kam vom methodistischen Bischof Stanley Mogoba, einem Folteropfer des südafrikanischen Rassenregimes und dem einzigen Kirchenführer auf der berüchtigten Gefangeneninsel Robben Island. In seiner Predigt während des Eröffnungsgottesdienstes der Zentralausschußsitzung forderte er in Anlehnung an das oben erwähnte „Programme to Combat Racism“ (Antirassismusprogramm), ohne das, wie er sagte, Südafrika nicht diese Befreiung erlebt hätte, ein „Programme to Combat Violence“. Wegen der unproduktiven Diskussion, die dieses Programm seinerzeit über die Frage von Gewalt und Gewaltfreiheit ausgelöst hatte und wegen des provozierenden Charakters dieses Namens mit Blick auf die Prioritätensetzung im anhaltenden Zielkonflikt zwischen Gerechtigkeit und Frieden, wurde dieser Namensvorschlag zwar vom Zentralausschuß verworfen. Die Notwendigkeit, „Geist, Logik und Praxis des Krieges“ öffentlich zu widerstehen und zu überwinden und – wie das Unit III/Komitee des Zentralausschusses vorschlug – „jedwede theologische oder sonstige Rechtfertigung des Gebrauchs militärischer Gewalt aufzugeben und eine ‚Koinonia‘ zu werden, die sich dem Anliegen eines gerechten Friedens verschreibt“, wurde vom Zentralausschuß jedoch anerkannt.

Die Verantwortung für die Durchführung dieses Programms wurde bei der Abteilung III „Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung“ angesiedelt, wobei dem Team für „Internationale Angelegenheiten“ wegen des gewollten politischen Schwerpunktes des Programms besondere Zuständigkeit zugeschrieben wurde. Als ÖRK-weites Programm soll es jedoch nicht nur die mit ethischen, sondern auch die mit ekklesiologischen Fragen befaßte Abteilung des ÖRK beschäftigen.

II. „Der Beitrag der Kirchen zur Herstellung einer Kultur des Friedens“ – Konsultation in Nordirland

Hatten schmerzliche Erfahrungen die Geburt dieses Programms bedingt, so waren seine ersten Ammen Christen, deren Hoffnung auf Durch-

brechung des Gewaltzirkels, deren Mut zu jener Verletzbarkeit, die sich mit Gewaltfreiheit paart, und deren Vision von einem gerechten und gewaltfreien Zusammenleben fern von romantischer Naivität, nämlich gerade angesichts detaillierter Innenansicht der „Kultur der Gewalt“ gewachsen waren. Seine Wiege stand darüber hinaus in einem Zentrum der ökumenischen Corrymeela-Kommunität in Ballycastle/Nordirland, die sich trotz Blutzolles nicht von ihrer bald drei Jahrzehnte währenden „Cross-Community“-Versöhnungsarbeit im mörderischen Konflikt in Nordirland hat abbringen lassen.

Historisch zunächst zufällig, aber dennoch programmatisch stellten Christen, die in Liberia und Burundi, Natal/RSA, Kroatien, Nordirland, den Philippinen, El Salvador, Los Angeles, Sudan, den Westbanks und dem Libanon, Malawi, Mozambique und anderswo z.T. seit Jahren und Jahrzehnten ihre Kraft und manches Mal auch ihr Leben für die Vermeidung und Überwindung von Gewalt in konkreten Konflikten eingesetzt haben und noch einsetzen, die ersten Überlegungen zur Umsetzung dieses Zentralausschußbeschlusses an. Dazu kamen Vertreter jener Bevölkerungsgruppe, die besonders häufig zu den Opfern von Gewalt gehört, zugleich aber auch selbst besonders gewaltanfällig ist, nämlich Jugendliche.

Sie alle waren (gemeinsam vom ÖRK-Stab für Internationale Angelegenheiten und vom Jugend-Team im ÖRK) schon vor dem ZA-Beschluß zu einer Konsultation „Building a Culture of Peace: The Churches Contribution“ vom 1. bis 5. Juni 1994 nach *Ballycastle/Nordirland* eingeladen worden. Ursprünglich war diese Konsultation als Erfahrungsaustausch, gemeinsame Beratung und theologische Reflexion kirchlicher Friedensaktivisten, Vertreter der historischen Friedenskirchen und Experten der Friedenserziehung geplant. Nach dem Zentralausschußbeschuß erhielt sie dann die Aufgabe, den ersten Schritt auf dem Weg zur Identifizierung der inhaltlichen und methodischen Ausrichtung und Schwerpunktbildung des neuen Friedensprogramms zu leisten.

Die Konsultation baute methodisch auf den Erfahrungsberichten dieses o.g. Kreises engagierter Konfliktvermittler und Friedenserzieher aus 41 Ländern und auf den Berichten eines großen Kreises von nordirischen Christen aller Konfessionen auf, die im vorangehenden Exposure-Programm eindrücklich die Schwierigkeiten und Erfolge, aber auch die spirituellen Wurzeln ihrer Bemühungen um Friedenserziehung und Versöhnung geschildert hatten. Diese Berichte machten eines von Anfang an deutlich: während internationale und regionale Organisationen wie UNO, KSZE etc., aber auch ökumenische Gremien mehr oder weniger hilflos nach globalen Strate-

gien einer neuen Friedenspolitik suchen, haben die Menschen und unter ihnen Christen und Kirchen schon längst begonnen, die Verantwortung für Gewaltminimierung an je ihrem Ort selbst in die Hand zu nehmen. Die Vielzahl der Initiativen zur Konfliktschlichtung, Friedenserziehung und Hilfeleistung für Gewaltopfer in einzelnen Dörfern, Städten oder ganzen Regionen, die auf der Konsultation zu Gehör kamen, zeigten, daß die politische Unsicherheit in der internationalen Friedenspolitik seit 1989, die von einer gewissen friedensethischen Unsicherheit in der Ökumene begleitet war, Christen und Kirchen an vielen Enden der Erde gezwungen, aber auch ermutigt und ermächtigt hatte, sich selbst als Subjekte der Friedensstiftung zu begreifen. Diese Entwicklung war von den meisten Kirchen (mit Ausnahme der historischen Friedenskirchen) und dem ÖRK zu Zeiten des Kalten Krieges nie ermutigt oder gefördert worden. Viel ethische Reflexion, politische Praxis und Hoffnung war damals auf die friedentiftende Kraft der Abschreckung und mithin auf ein Sicherheitssystem gerichtet worden, in dem Zivilisten keine Rolle oder Verantwortung für Konfliktverhinderung oder -schlichtung zugewiesen waren und das bei den Bürgern ein Gefühl der Ohnmacht und der Unzuständigkeit für Gewaltvermeidung gefördert hatte.

Nun galt und gilt es, diese Tatsache, daß „viele Programme zur Überwindung der Gewalt bereits auf dem Wege sind“, wie es im Schlußbericht von der Corrymeela-Konsultation heißt, bei den Überlegungen über ein erneuertes ökumenisches Friedenszeugnis reflexiv und praktisch einzuholen. Dazu gehört zum einen die Erkenntnis, daß es weniger einer Inauguration und womöglich Implementierung eines zentralen „Programms zur Überwindung der Gewalt“ bedarf, als vielmehr intensiver ökumenischer Bemühungen und Strategien zur Ermutigung, Unterstützung und Vernetzung der Fülle bereits existierender lokaler, regionaler und nationaler Programme. Die im Zusammenhang mit der Friedensarbeit im ÖRK erstellte Datenbank über kirchliche Friedensinitiativen, die Ende des Jahres erscheinen wird, belegt dies in eindrücklicher Form. *Netzwerkaufbau und Bewußtseinsbildungsarbeit wurden zu den zentralen Stichworten der Konsultation. „Der Hauptakzent der Arbeit des ÖRK (in diesem Feld) sollte darum darauf liegen, lokalen, regionalen und nationalen kirchlichen Initiativen zuzuhören, sie zu identifizieren, herauszufordern, zu stimulieren, zu verbinden und zu helfen, sie zu erhalten.“* (Schlußbericht)

Von daher versteht es sich, daß die Konsultation – auf den ersten Blick für manche enttäuschend – auf eine genauere Beschreibung und Bestimmung eines internationalen „Programms“ verzichtete und sich statt dessen auf die Beschreibung von Prinzipien und Leitlinien für die Interaktion mit

den vielfältigen kirchlichen Programmen zur Gewaltvermeidung und Friedenserziehung vor Ort konzentrierte.

Dies reflektiert die Methode und Attitude der in Corrymeela vertretenen lokalen kirchlichen Anti-Gewalt-Programme: Sie gehen davon aus – und mit ihnen sollte nach dem Willen der Teilnehmer von Corrymeela jede ökumenische Aktivität davon ausgehen –, daß die Fähigkeiten, sich aufbauende Konflikte schon im Vorfeld zu erkennen, in Konfliktsituationen zu vermitteln und mit Konflikten gewaltfrei umzugehen, in den lokalen, ethnischen oder nationalen Gemeinschaften im Prinzip bereits vorhanden sind, oder genauer noch: daß gerade in den spezifischen kulturellen Traditionen und hergebrachten sozialen Mechanismen ein zu entdeckendes und wiederzubelebendes Potential dafür vorhanden ist. Die Konsultationsteilnehmer sahen darum eine wesentliche Aufgabe der Kirchen darin, den Betroffenen in (potentiellen) Konfliktzonen zu helfen, auf ihre eigene Kraft zur Friedienstiftung zu vertrauen, ihre Kapazitäten zu erkennen und wiederzuentwickeln und eigene, authentische Konfliktlösungen zu erarbeiten.

Die Konsultationsteilnehmer verstanden den Beitrag der Kirchen zur Gewaltüberwindung darum *wesentlich als Erziehungsprozeß im Sinne des lateinischen Wortes „educare“: hervorbringen, was in den Menschen steckt*. Das heißt, daß jedes Programm einer lokalen Christengemeinde und der ökumenischen Bewegung auf den *Erfahrungen, den Erfordernissen und den Ressourcen der Menschen beruhen sollte, die es mit seinen Bemühungen erreichen möchte: „Frieden als Prozeß muß da stattfinden, wo die Menschen sind: in der kleinen Gruppe, der Gemeinde, dem lokalen Gemeinwesen.“*¹ Die Probleme am Ort sollten auf einer Ebene und in einer Art angegangen werden, die die Integrität der Gemeinschaft bewahrt, den Mitteln der Menschen dort entspricht und ihnen ermöglicht, den Prozeß in allen Phasen selbst zu tragen und zu bestimmen.

Der *Wunsch, Einmischung, Dominanz oder Überfremdung von auswärtigen Kräften zu vermeiden*, bedeutet auch eine kritische Grenze für die Mitwirkung und Begleitung lokaler Prozesse der Konfliktbewältigung von seiten wohlmeinender international operierender Friedensorganisationen oder -diensten (wie etwa „Global Peace Service“, „International Fellowship of Reconciliation“, „Life and Peace Institute“, „Church and Peace“, die auf der Konsultation vertreten waren) oder ökumenischer Körperschaften.

Ihr besonderer Vorbehalt gegen kurzfristiges Engagement von außen und gegen im Westen entworfene und von dort – z.T. in Fünftages-Trainingskursen – verbreitete Konzepte und Modelle der Konfliktmediation o. ä.

wird verständlich vor der in Corrymeela genannten Zielstellung von Friedensarbeit in gewaltgebeutelten Kommunen:

Friedensarbeit wurde durchgängig als Prozeß des (Wieder)Aufbaus und der Stärkung der elementaren gesellschaftlichen Beziehungen und als Bemühen um Wiederherstellung zerstörter Gemeinschaft beschrieben, der Gerechtigkeit und Versöhnung beinhaltet.

Die *Rekonstruktion und Neubelebung der sozialen Textur/Sozialstruktur (social fabric)* in zusammenbrechenden oder bereits zusammengebrochenen Gemeinden und Anstrengungen gegen den Beziehungs- und Solidaritätsverlust zwischen Personen, Gruppen, Nationen wurde als Gewalt überwindend betrachtet. Da Konflikt aus dem Geist und der Praxis der Isolation, des Ausschlusses und der Separation entstehe, sei alles, was die volle Partizipation *aller* am Gemeinschaftsleben fördert und Menschen zum konstruktiven Gemeinschaftsaufbau ermutigt und anleitet, ein wesentlicher Beitrag zum Frieden am konkreten Ort.

Corrymeela empfahl dem ÖRK Verzicht und *verzichtete selbst auf den Versuch, eine allgemeingültige Definition für Frieden zu finden*. Definitionen durchzusetzen, bedeute eine Gefahr in sich selbst. Nach Überzeugung der Anwesenden entstehen gemeinsame Visionen, wo an verschiedenen Orten von der konkreten Arbeit her unterschiedliche Definitionen zugelassen und dann einander zu Gehör gebracht werden. Mehrfach wurde herausgestellt, daß Frieden ein Prozeß des Hörenlernens und Hörens auf die Befürchtungen und Hoffnungen der anderen, speziell der bisher nicht Angehörten, Ausgeschlossenen, ist – konträr zu jeder Attitüde, besser zu wissen, was andere Menschen brauchen.

Einigkeit herrschte aber in der grundsätzlichen Beschreibung von Frieden als konstantem Ringen um Einheit inmitten der Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit, um eine tragfähige Konfiguration von Beziehungen und Macht in den je konkreten Situationen und als Weg oder Bewegung hin zur Gemeinschaft und gemeinsamen Menschlichkeit.

Einigkeit herrschte in Corrymeela ferner über die *andauernde Gültigkeit zentraler Überzeugungen des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auch in dieser neuen Phase ökumenischer Friedensethik*, die Konrad Raiser in seinem Schlüsselreferat (übrigens dem einzigen) zu Beginn der Konsultation noch einmal in Erinnerung gerufen hatte. Besonders erwähnt der Schlußbericht die Erkenntnisse, daß

– Krieg nicht länger als legitimes Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte betrachtet werden kann,

- Frieden immer Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte einschließen muß und Friedensarbeit darum nicht ohne die Aufgabe, strukturelle Gewalt zu beseitigen, unternommen werden kann,
- Sicherheit nur in kooperativer Weise als gemeinsame Sicherheit hergestellt und garantiert werden kann,
- das Zeugnis für Gewaltfreiheit der historischen Friedenskirchen neue Relevanz in dieser neuen politischen Situation erhalten hat: es ist nicht länger nur als nobles Ideal zu betrachten, sondern es weist auf die Notwendigkeit hin, eine neue Form politischer Vernunft zu entwickeln.

Wiewohl der Anteil von prinzipiellen Pazifisten und Mitgliedern historischer Friedenskirchen auf der Tagung keineswegs besonders hoch lag, war sich die Teilnehmerschaft mit dem Zentralausschuß einig, daß es bei dem jetzt anstehenden christlichen Bemühen um gewaltfreie Konfliktvermittlung und -lösung *um mehr als nur um eine Technik, nämlich um eine fundamentale Veränderung des moralischen Bewußtseins und der Ethik geht*. In Aufnahme der Rede des Generalsekretärs wird im Bericht konstatiert: „Alle Einsichten und Überzeugungen, die in den Jahren des ökumenischen Ringens um Frieden mit Gerechtigkeit gewonnen wurden, scheinen uns keine Hilfe angesichts der massiven Gewalt zu bieten, die sich in den gegenwärtigen Konflikten manifestiert. Wir müssen von vorne beginnen mit unserer Analyse – einschließlich einer selbstkritischen Bewertung unserer Praxis. Als Christen können wir nicht anders, als an der Hoffnung festhalten, daß Gott an seinem Schalom-Versprechen festhält. Dieser eschatologische Realismus wird uns – eher als unsere moralischen und ethischen Überzeugungen – vor Selbstgerechtigkeit oder Verzweiflung bewahren.“²

Die Teilnehmer sahen die Kirchen und die ökumenische Bewegung darum u. a. vor folgende zentrale Aufgaben gestellt,

- 1) nicht länger zur Legitimierung militärischer Aktivitäten beizutragen, sondern sich statt dessen öffentlich für die Delegitimisierung der Institution des Krieges und die Anerkennung alternativer Institutionen internationaler Konfliktlösung einzusetzen;
- 2) gerechte Entstehungsbedingungen für Frieden bzw. ein Set von Kriterien für Wege zu einem gerechten Frieden zu formulieren;
- 3) bei allen Menschen und Völkern die Bereitschaft zu fördern,
 - immer die Interessen und Ängste der anderen mitzubedenken,
 - die Hand immer wieder über die Grenzen auszustrecken,
 - sich als Teil der gesamten Schöpfung, einer globalen Gemeinschaft zu verstehen.

4) Dies setzt voraus, daß die Kirchen ihr eigenes Selbstverständnis als Teil einer weltweiten „Koinonia“ und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen für ihr Friedenszeugnis und ihre Loyalitäten gegenüber partikularen politischen Interessen klarer verstehen und in ihre Praxis umsetzen. Wie die jüngeren Äußerungen von und um die Serbische Orthodoxe Kirche zeigen, besteht hier ein besonderer Klärungsbedarf in den Mitgliedskirchen des ÖRK.

III. Mögliche Leitlinien und Prinzipien des Programms – Empfehlungen des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten/Unit III

Im Juni tagte in *Kitwe/Zambia* der „Ausschuß für Internationale Angelegenheiten“/Unit III, um turnusgemäß die gesamte Arbeit in diesem Bereich zu beraten. In Anwesenheit der für Internationale Angelegenheiten zuständigen Stabsmitarbeiter der meisten ökumenischen Regionalkörperschaften (die Konferenz Europäischer Kirchen leistete sich bei dieser – auch in Fragen der künftigen ökumenischen Menschenrechtsarbeit – sehr wichtigen Tagung zum allgemeinen Unverständnis eine Abwesenheit!) nahm der Ausschuß den Bericht von Corrymeela entgegen und entwickelte seine Sicht über Leitlinien und methodische Ausrichtung des Programms.

Wegen dessen angestrebten Charakters (basisnah und dem Bedarf der Kirchen entsprechend) wurde auch in *Kitwe* ausdrücklich und absichtlich auf umfangreiche und allzu detaillierte Empfehlungen für den Gesamtverlauf des Programms verzichtet. Statt dessen wurde ein Vorschlag erarbeitet, wie die Absichten mit dem Programm präzisiert und die Arbeitshypothesen und -prinzipien beschrieben werden können, und welche nächsten Schritte zu seinem Start sinnvoll erscheinen. Dieser Vorschlag liegt nun der für das Programm verantwortlichen ÖRK-weiten Stabsgruppe und dem Exekutiv Ausschuß des ÖRK zur weiteren Programmpräzisierung vor.

Mit dem Programm zur Überwindung der Gewalt sollte primär weder der Anspruch noch der Versuch verbunden sein, die seit Beginn der ökumenischen Bewegung ungelöste ethische Grundsatzdebatte über Gewalt-Gewaltfreiheit, das seit Amsterdam sog. friedensethische Trilemma, zu lösen. Die Geschichte des ökumenischen Dialogs darüber hat gelehrt, daß er für das Friedenszeugnis der Kirchen eher lähmend als förderlich war. „Statt dessen soll der Fokus des Programms auf dem Aufbau bzw. Wiederaufbau gerechter, friedlicher (friedensfähiger) und die Umwelt erhaltender Gemeinschaften auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene liegen.“³

Nach den Vorstellungen des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten sollten Hauptadressaten der Einladung, sich gemeinsam mit sehr konkreten Projekten und Programmen auf den Weg zur Transformation der Kultur der Gewalt machen, die *Kirchen* und mit ihnen die *christlichen Gruppen* sein. Über den von Corrymeela auf die lokalen Gemeinwesen gelegten Akzent hinaus nahm der Ausschuß auf der einen Seite auch die häusliche Gewalt und auf der anderen Seite auch die Gewalt in den internationalen Beziehungen mit in den Blick, da man in Kitwe davon ausging, daß zu diesem Programm alle Arbeitseinheiten der Hauptabteilung III/JPC aus ihrer spezifischen Problemsicht und mit ihren spezifischen Netzwerken beitragen.

Der eigenen Spezifik entsprechend hatte die Gruppe in Kitwe darum auch die Aufgabe im Blick, auf Möglichkeiten zur Gewaltverminderung in den internationalen Beziehungen hinzuarbeiten. Sie griff darum die bereits in Seoul erwähnte und von Konrad Raiser in Ballycastle noch einmal erinnerte Notwendigkeit auf, die militärische Betrachtungsweise der Sicherheitsproblematik durch eine internationale Rechtsordnung zu ersetzen und die Logik des konfrontativen Denkmusters in Sicherheitsfragen aus der Abschreckungsära zu überwinden zugunsten gemeinsamer Sicherheitsmodelle und der Suche nach Organisationsstrukturen und rechtlichen Regelungen für positive und tragfähige Beziehungen zwischen allen Ethnien und Nationen. Zu den wenigen konkreten Empfehlungen gehört deshalb die, eine Konsultation zu diesen Fragen zu veranstalten und Experten für alternative globale Sicherheitskonzepte zusammenzubringen, um den Kirchen fundierte konkrete Vorschläge dazu für ihre politische Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit anbieten zu können.

Im übrigen aber unterstrich die Gruppe als wesentliche Absicht des Programms, von den konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen der Kirchen vis à vis den sie herausfordernden Strukturen und Situationen von Gewalt im eigenen Gemeinwesen auszugehen und ihnen zu helfen, zu deren Überwindung beizutragen. Sie ließ sich dabei von der Erkenntnis bestärken, daß gewaltsame Konflikte am besten von den Menschen in der betroffenen Gemeinschaft gelöst werden – gegebenenfalls nur assistiert von anderen, die zum einen über das Vertrauen der Konfliktparteien und zum anderen über gute Kenntnisse des Kontextes, der Kultur und Geschichte der Situation verfügen. Die Kirchen sollen ausdrücklich ermutigt werden, die Gewalt in ihrer eigenen Gesellschaft und die von ihrem Land bzw. ihrer Ethnie ausgeübte offene oder strukturelle Gewalt gegenüber anderen zu benennen.

Zur näheren Definition dessen, welche Prioritäten zu setzen und welche Methoden für das Programm in den verschiedenen Regionen und von den

und für die unterschiedlichen Gruppen Betroffener zu wählen seien, schlug der Ausschuß vor:

- 1) Regionalkonsultationen zu veranstalten,
- 2) Kirchen, Netzwerke, Gruppen mit einer Broschüre einzuladen, ihren Bedarf an Unterstützung durch den ÖRK bzw. durch ein von ihm zu initiiertes und unterstützendes Netzwerk rückzumelden, aber auch mitzuteilen, welche Erfahrungen, Materialien, Personalkapazitäten sie anderen im Bereich der Konfliktmediation, der Friedenserziehung, der Cross-Community-Arbeit etc. anbieten können, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind,
- 3) je nachdem sich im Verlauf erweisenden Bedarf Konsultationen zu Spezialthemen zu veranstalten (außer der oben erwähnten über globale Sicherheitskonzepte wurde nur noch die bereits vom Zentralausschuß gewünschte gemeinsame Studie von Abteilung I und III über die ekklesiologischen Dimensionen als schon jetzt notwendig erkannt).

Nachbemerkung:

Viele Kirchen, Gemeinden und christliche Gruppen rund um den Globus haben schon auf die vagen Ankündigungen dieses neuen Programms reagiert und signalisiert, wo und wie sie sich Unterstützung und Austausch wünschen bzw. wo sie Mitarbeit und Ressourcen anbieten können. Ob der Schwung zu diesem Programm im ÖRK reicht, wird nicht unwesentlich davon abhängen, wieviel Reaktionen und Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft der ÖRK dazu bekommen wird.

ANMERKUNGEN

- ¹ Building a Culture of Peace: The Churches Contribution. Report from Corrymeela Consultation, June 1–5, 1994, S. 4.
- ² Building a Culture of Peace: The Churches Contribution. Report from the Corrymeela Consultation. June 1–5, 1994, S. 1f.
- ³ Report and Recommendations on the Programme to Overcome Violence. CCIA Board, June 25–30, 1994, Kitwe, Zambia, S. 2.